

# RS Vwgh 2002/10/24 2000/06/0130

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 24.10.2002

## Index

40/01 Verwaltungsverfahren

96/01 Bundesstraßengesetz

## Norm

AVG §56;

BStG 1971 §25;

## Rechtssatz

Der verfahrensgegenständliche Feststellungsantrag hat sich darauf bezogen, festzustellen, dass die betreffenden Werbeschilder ohne Konsens gemäß § 25 BStG 1971 angebracht worden seien. Dieser Feststellungsantrag hat sich somit auf eine rechtserhebliche Tatsache und nicht auf ein Recht oder Rechtsverhältnis bezogen. Die Judikatur zur Zulässigkeit von Feststellungsbescheiden in Bezug auf die Feststellung von Rechten oder Rechtsverhältnissen kann nicht auf Anträge zur Feststellung von rechtserheblichen Tatsachen herangezogen werden. Auch aus dem Umstand, dass § 25 BStG 1971 in die Vollziehung der Bundesstraßenbehörde fällt, kann zur Zulässigkeit des verfahrensgegenständlichen Feststellungsantrages nichts abgeleitet werden.

## Schlagworte

Anspruch auf bescheidmäßige Erledigung und auf Zustellung, Recht der Behörde zur Bescheiderlassung  
Feststellungsbescheide

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2002:2000060130.X02

## Im RIS seit

20.01.2003

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>